



WIRTSCHAFTSPOLITISCHER KOMMENTAR 19/2/2016

Was will Bernie Sanders?

von Norbert F. Tofall

Was ist das für ein Mann, der Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei in den USA werden will? Was für ein Programm vertritt Bernie Sanders? Und kann er es für den Fall, daß er Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika werden sollte, auch im Kongreß durchsetzen?

I.

Bernie Sanders wurde am 8. September 1941 im New Yorker Stadtteil Brooklyn geboren. Sein Vater Elias Sanders war 1921 im Alter von 17 Jahren aus Polen ausgewandert. Elias Sanders arbeitete in den USA als Verkäufer von Farblacken und konnte so seine kleine Familie ernähren, die sehr sparsam haushalten mußte, um über die Runden zu kommen. Bernie Sanders berichtet, daß ihm seine Kindheitserfahrungen nachhaltig geprägt haben: *„Ich habe als Kind gelernt, was es für eine Familie bedeutet, wenn sie wenig Geld hat. Und diese Lehre habe ich niemals vergessen.“* Es habe immer den permanenten Druck gegeben, nie genug Geld zu haben. Die Geldfrage habe ihn immer sehr tief und emotional betroffen. Durch seinen älteren Bruder Larry wurde Bernie Sanders früh politisiert. Larry Sanders war am Brooklyn College der Vorsitzende der Young Democrats of America.

Bernie Sanders studierte 1959 ein Jahr lang Psychologie am Brooklyn College der City University of New York und wechselte dann zur University of Chicago, um Soziologie, Geschichte und Psychologie zu studieren. Anstatt die regulären Vorlesungen und Seminare zu besuchen, studierte Sanders im Selbststudium die Werke von Thomas Jefferson, Abraham Lincoln, Karl Marx, Friedrich Engels, Leo Trotzki und Sigmund Freud. Da sich Sanders mehr und mehr für den Sozialismus begeisterte, trat er der Young People's Socialist League bei. Er engagierte sich beim Congress of Racial Equality und war einer der Initiatoren des Student Nonviolent Coordinating Committee. 1962 organisierte er ein Sit-in gegen die Rassentrennung. 1963 nahm Bernie Sanders am Marsch für Arbeit und Freiheit teil. Trotz seines umfassenden politischen Engagements schloß er 1964 sein Studium mit einem Bachelor of Arts in Politikwissenschaft ab. Anschließend verbrachte er einige Zeit in verschiedenen Kibbuzim in Israel. 1968 ließ er sich dann in Vermont nieder, um dort als Zimmermann, Dokumentarfilmer und freier Autor, aber auch als Rechercheur für das Vermont Department of Taxes zu arbeiten.

Von 1970 bis 1977 war Bernie Sanders Mitglied der Liberty Union Party, die aus der Antikriegs- und Vietnambewegung in Vermont hervorgegangen ist. Ab 1977 war er Direktor der gemein-



nützigen Organisation American People's Historical Society. 1981 bewarb er sich erfolgreich als unabhängiger Kandidat um das Amt des Bürgermeisters von Burlington. Er besiegte im vierten Wahlgang mit einer hauchdünnen Mehrheit von 12 Stimmen den demokratischen Amtsinhaber. In den folgenden Jahren wurde Sanders dreimal wiedergewählt.

Von 1991 bis 2007 war Bernie Sanders als einziger parteiloser Abgeordneter Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses. Ab 2007 ist Sanders Mitglied des amerikanischen Senats und führt seit 2013 als Vorsitzender den Kriegsveteranenausschuß. Obwohl sich Sanders schon lange der Fraktion der Demokratischen Partei angeschlossen hatte, trat er erst am 5. November 2015 der Demokratischen Partei als Mitglied bei.

II.

Das wichtigste politische Anliegen von Bernie Sanders ist die Einkommens- und Vermögensungleichheit in den USA. Die Schere zwischen Arm und Reich würde zunehmend wachsen. Damit einher gehe die Verkleinerung der Mittelschicht.

Sanders fordert die Einführung einer staatlichen „Bürgerversicherung“ im Gesundheitswesen und geht damit über die Gesundheitsreform von Präsident Obama, die Sanders unterstützt hat, hinaus. Denn Sanders möchte eine steuerfinanzierte gesetzliche Krankenversicherung einführen. Studiengebühren sollen abgeschafft werden. Renten müßten erhöht werden. Eine bessere Kinderbetreuung müsse gewährleistet und bezahlte Elternzeiten eingeführt werden. Sanders will die amerikanische Infrastruktur ausbauen, um so gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen. In den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten sieht Sanders sozialdemokratische Vorbilder.

Zur Finanzierung dieser Vorhaben möchte Sanders Unternehmen und Reiche höher besteuern. Ebenso sei eine Steuer auf Börsenspekulationen notwendig. Darüber hinaus will Sanders zur Finanzierung seiner Vorhaben das US-Haushaltsdefizit um 37 Prozent erhöhen.

Er lehnt Freihandelsabkommen zwischen den USA und anderen Staaten ab, weil diese schädlich für die amerikanischen Arbeiter seien und Arbeitsplätze vernichten würden.

Bernie Sanders hat sich 2003 gegen eine Invasion der USA in den Irak engagiert. Er ist ein konsequenter Kritiker des USA Patriot Act, mit welchem Bürgerrechte eingeschränkt worden sind. Staatliche und kommerzielle Einflußnahmen auf die Medien lehnt Sanders strikt ab.

Das Recht auf privaten Waffenbesitz erkennt Sanders an und hat in den vergangenen Jahren konsequent gegen restriktivere Waffengesetze gestimmt, was für einen demokratischen Sozialisten eher ungewöhnlich ist.

III.

Gemessen an den überschuldeten europäischen Wohlfahrtsstaaten ist das Programm von Bernie Sanders als gemäßigt sozialdemokratisch zu klassifizieren, obwohl es für us-amerikanische Verhältnisse als revolutionär erscheinen mag. Ökonomisch-analytisch verharnt Sanders jedoch im ökonomischen Mainstream und dringt nicht zu geldpolitischen und geldsystemischen Ursachen der größeren Einkommens- und Vermögensungleichheit vor. Nichtsdestotrotz gehört Sanders zu den am stärksten polarisierenden Bewerbern um die Präsidentschaftskandidatur in den USA. Während Donald Trump und Ted Cruz den Anti-Establishment-Wahlkampf auf Seiten der Republikanischen Partei anführen, steht Bernie Sanders mit seinem gesamten



Lebenslauf und politischem Programm seit Jahren glaubwürdig als Außenseiter gegen das Establishment in Politik, Wirtschaft und Medien. Aber könnte Sanders für den Fall, daß er Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika werden sollte, was offen ist, seine polarisierenden Forderungen überhaupt im Kongreß durchsetzen?

Die institutionellen Strukturen in den USA sind nicht auf einseitige Richtungsentscheidungen ausgelegt. Diese sollen im Gegenteil sogar verhindert werden. Deshalb könnte ein US-Präsident Bernie Sanders die Politik der USA zu weiterer Selbstblockade führen. In einem politischen System wie dem der USA wird durch Checks and Balances ein Durchregieren einer Seite institutionell bewußt erschwert und soll aus verfassungspolitischen Gründen möglichst verhindert werden. Die Checks and Balances führen dazu, daß der Präsident letztlich nichts Entscheidendes ohne den Kongreß und der Kongreß nichts ohne den Präsidenten durchsetzen kann.

Zum einen kann der amerikanische Präsident formal keine eigenen Gesetzesinitiativen in den Kongreß einbringen. Andererseits kann der amerikanische Präsident gegen Gesetzesbeschlüsse des Kongresses sein Veto einlegen, obwohl *allen* Gesetzen sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus mit einfacher Mehrheit zugestimmt worden sein muß. Nur mit einer Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Kongresses kann das präsidentielle Veto überstimmt werden. Präsident und Kongreß können sich deshalb weitgehend gegenseitig blockieren.

Präsident und Kongreß werden in getrennten Wahlen bestimmt, wobei der Präsident alle zwei Jahre wegen der Halbzeitwahlen (midterm elections) mit veränderten Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses rechnen muß. Der Kongreß kann den Präsidenten jedoch nicht

wegen politischer Meinungsverschiedenheiten oder geänderter Mehrheiten stürzen, es sei denn, dem Präsidenten können in einem gerichtähnlichen Verfahren strafrechtlich relevante Vergehen nachgewiesen werden. Der Präsident kann den Kongreß seinerseits nicht auflösen.

Dieses System von Checks and Balances, das dafür sorgt, daß der Kongreß letztlich nichts ohne den Präsidenten politisch durchsetzen kann und der Präsident nichts ohne den Kongreß, erfordert im Alltag der politischen Entscheidungsfindung und Entscheidungsdurchsetzung ein überparteiliches Agieren und Verständigen. Dieses überparteiliche Agieren und Verständigen kann nur in den seltenen Fällen vernachlässigt werden, in denen sowohl der Präsident als auch die beiden Mehrheiten im Senat und im Repräsentantenhaus politisch das gleiche Programm verfolgen. Das ist nur dann wahrscheinlich, aber nicht immer der Fall, wenn sie aus der gleichen Partei stammen, was jedoch oftmals nicht der Fall ist.

Die heutige politische Befindlichkeit in den USA wendet sich gegen den etablierten Politikbetrieb und das sogenannte Establishment in Politik, Wirtschaft und Medien. Der etablierte Politikbetrieb ist allerdings noch fest im Senat und Repräsentantenhaus installiert und wird – wenn überhaupt – nur schrittweise durch Wahlen in den nächsten Jahren ersetzt werden können, notabene: wenn überhaupt. Ohne dieses Establishment im Senat und Repräsentantenhaus kann kein Präsident, weder von demokratischer noch von republikanischer Seite, eine neue Politik durchsetzen.

Will ein Präsident zumindest Teile seines Programms durchsetzen, dann muß er sich auf Verhandlungen und Kompromisse mit dem politischen Establishment im Senat und Repräsentantenhaus einlassen. Sollte das politische Esta-



blishment nach der möglichen Wahl eines „Anti-Establishment-Präsidenten“ – sei es Trump, Cruz oder eben Bernie Sanders – nicht gewillt sein, über die derzeitigen Angriffe auf sich hinwegzusehen, dann könnte sich die herrschende Politikblockade zementieren. Auf jeden Fall werden die Checks and Balances dafür sorgen, daß das für die USA revolutionär

anmutende Programm von Bernie Sanders wenn überhaupt nur in gemäßigter Form umgesetzt werden kann.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2016 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autor* Norbert F. Tofall; *Redaktionsschluss* 19. Februar 2016